RATSINFORMATIONSSYSTEM DER STADT TRIER

Auszug - Konversion Petrisberg: Umsetzung der städtebaulichen Entwicklungsmaßnahme und des Projektes WissenschaftsPark Trier

Sitzung:	Sitzung des Stadtrates		
TOP:	Ö 4		
Gremium:	Stadtrat	**Beschlussart:**	ungeändert beschlossen
Datum:	Do, 25.01.2001	**Status:**	öffentlich/nichtöffentlich
Zeit:	17:00	**Anlass:**	ordentliche Sitzung
Raum:	Großer Rathaussaal, Rathaus, Verw. Geb. I, Am Augustinerhof		
Ort:			

Wortprotokoll
Beschluss

Oberbürgermeister Schröer betonte einführend die mehr als mittelfristig angelegte Bedeutung dieser Vorlage für die Stadt Trier. Diese stelle ein Rahmenpapier dar, in dem die Gesamtproblematik nochmals aufgezeigt werde, ebenso wie die Bausteine, in deren Zukunft diese Entwicklungsmaßnahme umgesetzt werden solle. In der Vergangenheit seien hierzu bereits einzelne Beschlüsse gefasst worden, man habe intensive Verhandlungen mit dem Land Rheinland-Pfalz und dem Bund geführt über den Erwerb und die Förderung der Maßnahme. Insoweit stelle dieses Vorhaben für den Rat kein Neuland dar. Dieser habe dankenswerterweise im Dezember vergangenen Jahres einen Beschluss gefasst, der die Möglichkeit zu einer aktiven Inangriffnahme eröffnet habe. Nunmehr sei es folgerichtig, die Organisation auf den Weg zu bringen, und zwar, wie man diese „wichtigste Maßnahme der Stadt Trier in den kommenden Jahren“ gestalte. Hierin liege der Sinn der Vorlage. Zum Verfahren sei festzuhalten, dass das Vorhaben im Nachgang zu dem heutigen Beschluss in die nötigen Rechtsformen gebracht werden solle. Dieser Schritt sei bereits vorbereitet und man werde unmittelbar damit beginnen. Im Weiteren sei eine Information des Rates über die konkreten Ergebnisse dieser Verhandlungen, d. h. Verträge, vorgesehen.
Zu Punkt 4 der Beschlussvorlage merkte Oberbürgermeister Schröer an, dass dieser von recht allgemeinem Charakter sei und die wichtige Frage nach der Schaffung eines Ausgleichs zwischen der Beteiligung des Stadtrates an einer solch wichtigen Maßnahme einerseits unter gleichzeitiger Nutzung der Flexibilität anderer Organisationsformen andererseits thematisiere. Diese Problematik habe den Stadtvorstand lange beschäftigt, vor allem unter dem Gesichtspunkt, auf welche Weise die Beteiligung sichergestellt werden könne, denn immerhin handele es um die Entwicklung eines ganzen Stadtgebietes in der Größenordnung von 71 Hektar (!). Schließlich gehe es nicht nur um Wirtschaftsförderung, sondern auch um Wohnungsbau, Grünlandentwicklung, Ordnungsmaßnahmen, Verkehrserschließung. Mithin stelle sich die Frage nach der organisatorischen Ausgestaltung, die die optimale Lösung der Aufgabe gewährleiste bei gleichzeitiger Vergewisserung der Hilfe und des Sachverstandes des Rates. Man schlage daher vor - mit Sicherheit bestehe hierzu regelmäßiger Bedarf -, in den Dezernatsausschüssen IV und V kontinuierlich, d. h. in jeder Sitzung, über die Entwicklung

dieser Maßnahme zu informieren. Oberbürgermeister Schröer legte größten Wert auf Fixierung, Einhaltung und Umsetzung dieser Zusage. Ungeachtet dessen werde der Stadtrat mit allen Angelegenheiten beschäftigt, die ihm gesetzlich auferlegt seien, d. h. mit sämtlichen hoheitlichen Fragestellungen, Bebauungsplänen, städtebaulichen Verträgen etc. Das Treffen derartiger Beschlüsse sei selbstverständlich diesem Gremium nach wie vor vorbehalten. Der Vorsitzende berichtete, dass die in Rede stehende Vorlage in intensiven Beratungen mit dem Lenkungsausschuss behandelt worden sei. In dieser Gruppe seien der Stadtvorstand, die beteiligten Dezernate, aber auch das Konversionskabinett des Landes durch entsprechende Mitarbeiter der jeweiligen Ministerien vertreten. Die grundsätzlichen Aussagen dieser Vorlage seien bereits mit der Landesregierung abgestimmt und hätten Eingang gefunden in die entsprechenden Beschlüsse auch des Konversionskabinetts, so dass die hierin aufgezeigte Richtung auf einer breiten Basis fuße. Er stelle diese nunmehr zur Diskussion im Stadtrat und hoffe auf die nötige Unterstützung.

Für die CDU-Fraktion stellte Ratsmitglied Albrecht fest, dass die Konversion einen wesentlichen Teil der Arbeit des Stadtrates einnehme. Allein die Tagesordnung der heutigen Sitzung enthalte sieben Vorlagen, die sich mehr oder weniger direkt oder indirekt auf dieses Thema bezögen. Immer wieder sei betont worden, welche Chancen die Konversion für die Stadt Trier in sich berge; in vielen Projekten habe sich diese Tatsache bereits bestätigt. Der heute zu beschließenden Vorlage komme allerdings eine besondere Bedeutung zu, sie rage aus den bisherigen Projekten "in ganz hervorragender Weise" heraus, so dass man von einem „Highlight“ sprechen könne. Für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Trier sei der heute zu treffende Beschluss sicherlich bedeutender als bspw. das 'Forum Kino' oder die Fragen ‘Casino’ oder ‘Castelforte’. Die sich hier bietenden Möglichkeiten hätten sich lange Zeit in dieser Dimension bislang nicht dargeboten. Über 70 Hektar Gelände stünden hier zur Disposition, im Vergleich dazu umfasse das Castelforte-Gelände lediglich 15 Hektar. Die CDU-Fraktion sei der festen Überzeugung, dass durch diese Vorlage ein ganz neuer Entwicklungsimpuls für Trier ausgehe, der heute initiiert und den Rat mit Sicherheit noch einige Jahre beschäftigen werde, kurz: die Entwicklung eines neuen Stadtteiles stehe heute zur Diskussion. Schon nachdem das Gelände frei geworden sei, die ersten Ideen zur Nutzung als WirtschaftsPark geboren, als die Liegenschaft (am 02.11.2000) zum Preis von 15,5 Mio. DM erworben und Machbarkeitsstudien erstellt worden seien, sei sehr bald klar geworden, dass hier im Interesse eines zügigen Fortganges schnell gehandelt werden und Nutzer schnell gebunden werden müssten, um die Attraktivität für dieses Gebiet zu erreichen. Die Verwaltung habe dies erkannt und in dankenswerter Weise schnell reagiert; denn es habe sich gezeigt, dass im wirtschaftlichen Bereich, vor allem bei den neuen Informationstechnologien, eben diese Dynamik erforderlich sei. Den Rat bringe diese Entwicklung in gewisse Schwierigkeiten, da die ihm zukommende Verantwortung wahrnehmbar bleiben müsse. Hierin sah Ratsmitglied Albrecht einen Widerspruch zu der Forderung nach schneller Entwicklung, da Arbeit im Rat Diskussionen in Ausschüssen, in Fraktionen etc. bedeute. Insoweit müsse ein Spagat zwischen schneller dynamischer Entwicklung einerseits und Einflussnahme- und Kontrollmöglichkeiten des Rates andererseits geschafft werden. Er vertrete die Auffassung, dass mit dieser Vorlage dieser Spagat gelungen sei. Sämtliche angestellten Überlegungen führten zu

dem Ergebnis, dass hier eine klassische Entwicklungsmaßnahme, so, wie bislang praktiziert, nicht durchgeführt werden könne. Diese würde sich als zu unflexibel erweisen, um die zuvor dargestellten Forderungen erfüllen zu können. Zudem sei bekannt, dass das Land, immerhin ein ganz wichtiger Geldgeber mit über 30 Mio. DM Fördermitteln, die privatwirtschaftliche Lösung präferiere. Dies vor allem deshalb, weil sich diese Konstruktion in anderen Landesteilen durchaus bewährt habe. Folglich spreche nichts dagegen, hier analog zu verfahren. Das gefundene Modell, die Konstruktion einer Entwicklungsgesellschaft auf Zeit auf der einen Seite sowie die Suche nach einer geeigneten Betreibergesellschaft auf der anderen Seite, die sodann die Entwicklung fortführen werde, finde die Zustimmung der CDU-Fraktion. Hiermit verbinde sich die Hoffnung, dass man kompetente Partner aus der privaten Wirtschaft finden möge, die diese Gesellschaften mit betreiben könnten. Wichtigster Punkt sei jedoch die Konzentration der Organisation in einer Hand, da es hier nicht nur um wirtschaftliche Entwicklung (WissenschaftsPark) gehe, sondern auch um weitere herangelagerte Bausteine wie bspw. die Bereiche Wohnen und Landesgartenschau. Die CDU-Fraktion sei sich darüber im Klaren, dass mit dieser gefundenen und heute zu beschließenden Lösung Einschränkungen der Einflussmöglichkeiten des Rates verbunden seien. Um so wichtiger sei es daher eine gute und effektive Information des Rates und der Fraktionen. Die soeben durch Oberbürgermeister Schröer angekündigte diesbezügliche Verfahrensweise sei der richtige Weg, um dieses Ziel zu erreichen. Alternativ hätten auch Beiräte und andere Modelle zur Diskussion gestanden, jedoch wären damit Nachteile, wie Informationsdefizite, verbunden gewesen, so dass nach Ansicht der CDU-Fraktion die nun vorgeschlagene Form „genau das Richtige“ sei. Projekte, so Ratsmitglied Albrecht, reichten alleine nicht aus, sondern müssten mit Leben erfüllt werden. Glücklicherweise sei es der Verwaltung gelungen, fünf "wahre" Magnete zu finden, um die Entwicklung voranzutreiben und weitere potente Firmen anzuziehen. Dies gebe Anlass zu Optimismus. Die bereits bestehende Nachfrage bestätige diese Hoffnung.
Die Zustimmung zu dieser Vorlage sei seitens der CDU-Fraktion mit vier Wünschen verbunden:

1) Aufrechterhaltung der Dynamik, mit der das Projekt begonnen worden sei

Man wisse um die Schwierigkeit, dies zu bewerkstelligen, angesichts der Aufgabenvielfalt der Verwaltung, ebenso wie um die Tatsache, wieviele Ressourcen hier gebunden würden. So sei für die Durchführung ein starkes Projektmanagement erforderlich. Aufgrund der Aussagen der Verwaltung gehe man davon aus, dass der Maßnahme - auch in den nächsten Jahren - höchste Priorität zukommen werde.

2) Einbindung der Hochschulen (Universität und Fachhochschule)

Mit Freude habe man hier die entsprechende Zusage von Frau Horsch im Steuerungsausschuss zur Kenntnis genommen.

3) Keine Vernachlässigung der an den WissenschaftsPark angrenzenden Berei- che
Gemeint seien der Bereich ’Höherwertiges Wohnen’, der zu einem solchen WissenschaftsPark dazugehöre, ebenso wie der Baustein ‘Landesgartenschau’. Man sei

allseits um einen Zuschlag für Trier bemüht, da diese zu einer weiteren Aufwertung dieses Bezirks beitragen werde.

4) Lösung des Verkehrsproblems

Dieses wichtige Problem müsse auch im Interesse der Nutzer schnell gelöst werden; auch die Bewohner der Umgegend dürften nicht entsprechend beeinträchtigt werden.

Zusammenfassend stellte Ratsmitglied Albrecht fest, dass vom Petrisberg für das moderne wirtschaftliche Leben in der Stadt Trier völlig neue weitreichende Impulse ausgehen könnten. Mit dieser Vorlage beschreite man neue Wege, von denen man sich sicher sei, dass diese lohnend sein werden.
Die CDU-Fraktion stimme der Vorlage zu.

Ratsmitglied Triesch merkte namens der SPD-Fraktion an, dass mit dieser Vorlage die Weichen für die Entwicklung des laut Trierischen Volksfreunds „ungeschliffenen Kronjuwels 'Petrisberg' " gestellt würden. Er bezeichnete das Vorhaben als die wohl bedeutendste Maßnahme der Stadtentwicklung für die nächsten Jahre und, wie es Beigeordneter Dietze formuliert habe, eine Herausforderung mit gigantischen Ausmaßen für die gesamte Stadt Trier. Der SPD-Sprecher unterstellte Einigkeit in dem Punkt, dass diese Entwicklung anders verlaufen müsse als 'Castelforte'. Nach Ansicht seiner Fraktion sollten „aus diesen leidvollen Erfahrungen heraus" Rat und Verwaltung ihre Lehren gezogen haben. Allerdings sehe man dieses Erfordernis in der sehr ausführlichen Vorlage bzw. deren Anlage bei der Verwaltung „in großen Ansätzen" bereits realisiert. Die „konzeptionellen Hausaufgaben" seien nach Einschätzung der SPD-Fraktion ebenfalls schon sehr weit fortgeschritten und bedürften lediglich der Umsetzung, obwohl noch viele Hürden zu überwinden seien. Ratsmitglied Triesch richtete das Augenmerk auf den in Ziffer 3 der Vorlage enthaltenen Hinweis der Verwaltung, „die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, damit ein effizientes Zusammenwirken an der Schnittstelle zur Verwaltung und von dort zum Rat geschaffen werden" könne. Die SPD-Fraktion betrachte es daher als eine Bringschuld der Verwaltung zu der Frage nach Bewerkstelligung der allgemeinen Neuorganisation der Wirtschaftsförderung in der Stadt Trier. Dabei könne das beschriebene Organisationsmodell 'Petrisberg' auf Seite 7 der Anlage Pate stehen. Hinzuweisen sei allerdings auf die professionelle Notwendigkeit der Betreibereinrichtung 'WissenschaftsPark'. Wie die Verwaltung ausdrücklich dargestellt habe - und dem stimme die SPD-Fraktion voll und ganz zu -, sei dies aus der vorhandenen Mitarbeitersubstanz nicht zu leisten. Die auf Seite 9, letzte Zeile, der Anlage angesprochene personelle Aufrüstung der Fachbereiche nehme diese sehr ernst und befürworte diese ebenfalls.
Die SPD-Stadtratsfraktion wünsche allen Akteuren eine glückliche Hand und gutes Gelingen.

Ratsmitglied Maximini leitete seine Stellungnahme mit der Feststellung ein, dass das zur Diskussion stehende Vorhaben einer jahrelangen Forderung der UBM-Fraktion entspreche. Mehrfach habe diese als einen Schwerpunkt der Stadtpolitik - er erinnerte in diesem Zusammenhang an die jüngsten Haushaltsberatungen - die wirtschaftliche Entwicklung vor allem mit neuen Technologien und in enger Zusammenarbeit mit der Universität, der Fachhochschule und den Trierer Forschungsinstitutionen sowie eine Vertiefung der regionalen Zusammenarbeit,

auch in der regionalen Wirtschaftsförderung mit den Landkreisen, gefordert. In der Stärkung des Wirtschaftsstandortes Trier bestehe eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben. Eine positive Umsetzung der hier zur Diskussion stehenden Anregungen der städtischen Entwicklungsmaßnahmen diene einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation der Stadt und der Region; denn hier könnten Gewerbeflächen zur Ansiedlung von Betrieben und möglicherweise auch damit einhergehend die Schaffung neuer Arbeitsplätze angeboten werden. Die in Rede stehende städtebauliche Entwicklungsmaßnahme gewähre Trier die besten Voraussetzungen, um sich zu einer „europäischen Zukunftsregion“ heranzubilden. Die Chancen hierzu hingen nicht nur von der Größe einer Stadt oder der Region ab, vielmehr stellten Kreativität, Ideenreichtum und eine gesunde Mischung aus Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur heute die entscheidenden Standortfaktoren dar, um im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die UBM-Fraktion hoffe, dass die in der Vorlage angedeuteten Partner diese Qualitäten mitbrächten, um die erwähnten Ziele erreichen zu können. Wenn darüber hinaus in diesem Bereich auch die Ansiedlung der Landesgartenschau gelänge und damit auf Dauer die Schaffung einer attraktiven Umgebung mit hohem Freizeitwert, würde dies eine zusätzliche wichtige Weichenstellung für die Heranbildung eines interessanten Wissenschaftsstandortes mit entsprechenden Dienstleistungen der privaten und öffentlichen Wirtschaft bedeuten. Hierzu sowie zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gehörten allerdings auch gute Verkehrsanbindungen. Die unbefriedigende Seite dieser Vorlage, so Ratsmitglied Maximini, sei darin zu sehen, dass „die Verwaltung wieder einmal den zweiten Schritt vor dem ersten mache“. Punkt 2 enthalte leider keine verbindliche Aussage über die verkehrliche Erschließung mit Zeitangabe. Die Entwicklung auf der Höhe dürfe nicht dazu führen, dass die hiervon betroffenen Bürger in der Talstadt zusätzlich unzumutbaren verkehrlichen Erschwernissen ausgesetzt würden. Auch sei es nicht mit Einzelmaßnahmen, wie z. B. Anbindung der Metternichstraße ins Aveler Tal, getan. Bei der Stadtteilrahmendiskussion im Stadtteil Irsch vor wenigen Tagen habe der Oberbürgermeister den Bau einer dritten Straße angesprochen. Eine derartige Planung sei der UBM-Fraktion bislang nicht bekannt. Nach deren Verständnis müsse mit gleicher Energie wie die Erschließung des Konversionsgebietes ‘Petrisberg’ auch ein Gesamtverkehrskonzept für eine bestmögliche Anbindung des Entwicklungsgebietes angegangen werden. Nur durch ein derartiges Konzept erfahre der Bereich auf dem Petrisberg eine Aufwertung, und dem sei unbedingt Rechnung zu tragen. Der UBM-Fraktion wäre aus diesem Grund sehr daran gelegen, wenn bei den Einzelmaßnahmen unter Ziffer 2, 3. Unterpunkt, hinzugefügt würde: „die städtebauliche Rahmenplanung, insbesondere die verkehrliche Erschließung bis zu einem konkreten Tage abzuschließen“, am besten bis zum Ende des I. Quartals 2001. Bei einem Gesamtverkehrskonzept für dieses wichtige Entwicklungsgebiet dürfe es nicht nur um eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung gehen, sondern gleichzeitig müsse auch eine Verbesserung für den Individualverkehr angestrebt werden. Ratsmitglied Maximini bezeichnete es als unverantwortlich, das wachsende Verkehrsaufkommen über die derzeit zur Verfügung stehenden Verkehrsadern abwickeln zu wollen, was einer vernünftigen Entwicklung auf der Höhe sicherlich wenig dienlich wäre. Die UBM-Fraktion halte die zur Diskussion stehende Busspur ‘Petrisbergaufstieg’ allein aus Kostengründen derzeit für unrealisierbar und appelliere an die Verwaltung sowie die übrigen Fraktionen, „sich auf eine Lösung der Vernunft zu konzentrieren“.

Diese richte deshalb folgenden Auftrag an die Verwaltung:

1) Dem Stadtrat schnellstmöglich einen Vorschlag zur besseren Gesamtverkehrserschließung für dieses Entwicklungsgebiet einschließlich einer Zeitvorgabe für eine Realisierung vorzulegen,
2) eine Verbesserung der ÖPNV-Anbindung unter Ausklammerung der zur Diskussion stehenden Busspur durch den Petrisberg vorzulegen und
3) auch über die Verkehrserschließung den Stadtrat und die Öffentlichkeit - wie in den anderen Bereichen - kontinuierlich zu informieren.

Die UBM-Fraktion hoffe, dass die übrigen Fraktionen und die Verwaltung die Bedeutung einer Gesamtverkehrskonzeption ebenso einschätzten und über eine bloße Kenntnisnahme der Vorlage hinaus „als Beruhigung für die in der Talstadt von der Entwicklung auf der Höhe betroffenen Bürgerinnen und Bürger“ die verbindliche Zusage abgäben, sich umgehend auch um die planungs- und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen der zentralen Verkehrserschließung sowohl für den Individualverkehr als auch um die ÖPNV-Anbindung unter Ausklammerung des Petrisberg-aufstieges zu kümmern.
Die UBM-Fraktion wünsche der Umsetzung des Projektes ‘WissenschaftsPark Trier’ einen „vollen Erfolg“ und sage gleichzeitig eine kritisch-konstruktive Begleitung mit möglichst vielen Ideen und Anregungen des Prozesses zu.

Ratsmitglied Dr. Atzberger wies einleitend auf die von Anfang an „relativ wohlwollende Begleitung“ des Projektes durch die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen hin. Während vor fünf bis zehn Jahren zum Teil noch um den Erhalt von Trier als Garnisonsstadt gekämpft worden sei, habe seine Fraktion das Wort ‘Konversion’ bereits „populär und gesellschaftsfähig“ gemacht. Hierauf sei man stolz. Die Vorlage zeige eine gewisse Lernfähigkeit der Verwaltung, u. a. auch hinsichtlich des Vorschlages seiner Fraktion, die jetzt zur Disposition stehenden Gebäude nicht abzureißen, sondern in ihrem Bestand zu sichern. Trotzdem lasse die sich abzeichnende Planung „in Teilbereichen Schlimmes befürchten“, nachdem ‘Castelforte’ - mehr oder weniger - von der Verwaltung „in den Sand gesetzt worden sei“. Auch das Management für das Petrisberggebiet sei „alles andere als ausgereift, sondern müsse eigentlich als mangelhaft bezeichnet werden“. Nichtsdestotrotz bestärke die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen den von ihr eingeschlagenen Weg, jedoch unter Berücksichtigung einiger wichtiger Punkte:

1) Ratsmitglied Dr. Atzberger fragte an, aus welchen Gründen man bei Grobskizzen betreffend den städtebaulichen Rahmenplan stehen geblieben sei. Vergleiche man die im nichtöffentlichen Teil zu behandelnde Vorlage (Drucks. Nr. 018/2001), die für die Krone eine relativ detaillierte Darstellung der Planungen enthalte, mit der Gesamtkonzeption für die 70 Hektar, müsse man feststellen, dass beides nicht mehr aufeinander passe. Während das eine nicht zu Ende geführt worden sei, sei das andere bis ins Detail ausgearbeitet. Nach Ansicht der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dränge sich hier die Überlegung nach einer verstärkten Einbindung des Rates in die Diskussion auf bzw., ob es dort nicht über einen städtebaulichen Wettbewerb sinnvoll und möglich wäre, an neue Ideen zu gelangen. Ansonsten befürchte man für diesen Bereich eine „stückwerkweise“ Entwicklung unter Verlust des Gesamtblickes.
2) ‘WissenschaftsPark’ sei nicht nur irgendein Begriff, sondern die Idee des Parkes sei mit einer

Assoziation verbunden, nämlich eines grünen Parks. Bei näherer Betrachtung der Planung komme eher der Gedanke an Parken auf; die Gebäude seien umringt von Stellplätzen. Ratsmitglied Dr. Atzberger warf die Frage auf, warum man nicht den Bereich der Krone zur Hervorhebung des Parkcharakters genutzt habe, auch für die dort ansiedelnden Betriebe. Eine fußläufige Erschließung dieses Bereiches wäre durchaus möglich und zumutbar gewesen ebenso wie die Situierung der PKW-Abstellmöglichkeiten vor der eigentlichen Krone.

3) An Ratsmitglied Maximini gerichtet bestätigte der Sprecher der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen dessen Aussage, dass man hinsichtlich des Verkehrs in der Tat „einer Lösung der Vernunft“ bedürfe. Bislang habe diese darauf vertraut, dass die Verkehrsanbindung ‘Petrisberg’ über den ÖPNV erfolgen sollte, nachdem dies stets einhelliger Tenor des Stadtvorstandes auf sämtlichen Diskussionsveranstaltungen gewesen sei. Die diesbezüglichen Äußerung der CDU- und der UBM-Fraktion zeigten bereits Tendenzen hiervon abzurücken und eine Verkehrsanbindung in Richtung Autoverkehr anzustreben. Dies erscheine der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen als der falsche Weg, da es hier um die bestmögliche, vernünftigste Lösung gehe; diese könne nur im Sinne aller Anwohner in der Abwicklung über den reinen ÖPNV bestehen. Ratsmitglied Dr. Atzberger beklagte die mangelnde Ernstnahme der durch seine Fraktion unterbreiteten Vorschläge und betonte, dass diese ihre Forderung aufrechterhalte, alternativ zum Spurbus auch eine Schienenanbindung der Höhenstadtteile zu untersuchen.

4) Des Weiteren habe man wenig gehört zu sich möglicherweise ergebenden Problemen im Bereich Altlasten. Auch hier stehe Schlimmes zu befürchten, wenn man sich die vorherige Nutzung - zumindest in Teilbereichen - anschaue.

Abschließend formulierte Ratsmitglied Dr. Atzberger seine Forderung, „dieses Kompetenzgerangel innerhalb der Stadtverwaltung“ zu beenden. Im Vorlagentext manifestierten sich „widersprüchliche Einzel- bzw. Karriereinteressen von Mitgliedern des Stadtvorstandes“, was nun auch seine Fortführung in der Berichterstattung gegenüber dem Rat finden solle. Dies sei der Sache nicht zuträglich. Er empfahl die Festlegung der Kompetenz in eine federführende und damit auch vortragende Hand.

Oberbürgermeister Schröer ging zunächst auf den Redebeitrag des Ratsmitgliedes Maximini betreffend die Bürgerversammlung in Irsch ein. Er habe dort lediglich das Gesamtkonzept in groben Zügen erläutert. Im Übrigen habe der Stadtvorstand bei dieser Veranstaltung nicht Rede und Antwort stehen müssen, vielmehr habe diese Versammlung im Zusammenhang mit der begonnenen Stadtteilrahmenplanung gestanden.
Im Weiteren kam er auf das Thema ‘Castelforte’ zu sprechen und erklärte sich die hierzu gefallenen Äußerungen mit einem Informationsdefizit seinerseits. Er erinnerte an eine dort vor einem halben Jahr abgehaltene Sitzung, bei der der aktuelle Sachstand dargelegt worden sei. ‘Castelforte’ sei keineswegs „in den Sand gesetzt worden“ oder gar erfolglos, sondern habe sich - im Gegenteil - als erfolgreiches Modell erwiesen, „wenn man dieses fair begleite“. Eine derart negative Einschätzung könne allenfalls auf grundsätzlicher Kritik beruhen. Die Fakten sähen jedoch ganz anders aus: Die öffentliche Hand werde sich dort, was Entwicklungsgelder angehe,

weitestgehend heraushalten können. Ursprünglich seien 10 Mio. DM für die Entwicklung des Grundstücks 'Castelforte' vorgesehen gewesen; inzwischen habe sich herausgestellt, dass dieser Betrag zum großen Teil nicht beansprucht werden müsse. Die 31 Mio. DM Fördermittel für die Tarforster Höhe würden u. a. auch deshalb gewährt, weil die v. g. 10 Mio. DM an anderer Stelle nicht abgerufen worden seien. Die beachtlichen Zuschüsse des Landes für die Großraumhalle flössen auch deshalb, weil man sich hinsichtlich der Inanspruchnahme öffentlicher Mittel in relativer Bescheidenheit für die Entwicklungsmaßnahme geübt habe. Oberbürgermeister Schröer erinnerte daran, dass die vom Rat mit breiter Mehrheit beschlossene Großraumhalle nur aufgrund des günstigen Grundstückspreises möglich geworden sei, nachdem der auf die Stadt entfallende Grundstücksanteil von der GTC übernommen worden sei. Insgesamt sei das Thema 'Castelforte" aufgrund der bislang vorliegenden Ergebnisse mitnichten in der Weise zu bewerten, wie geschehen. Zwischenzeitlich seien dort die IHK, der DGB sowie weitere wichtige Dienstleister angesiedelt. Die jeweiligen Einschätzungen seien jedoch strikt von möglicherweise nicht realisierten Vorstellungen zu trennen.
Zu dem angesprochenen Kompetenzproblem wies Oberbürgermeister Schröer darauf hin, dass dieses eindeutig geklärt sei, was nicht zuletzt aus dem Deckblatt der Vorlage hervorgehe. An der Beteiligung von drei Stadtvorstandsmitgliedern werde ebenfalls der Umfang der Maßnahme erkennbar. Entsprechend werde auch im Stadtvorstand verfahren und das Vorhaben dort auch mit der richtigen Zielstrebigkeit verfolgt.

Beigeordneter Dietze wies zunächst darauf hin, dass die Gesamtverkehrsplanung für den Bereich Tarforster Höhe bereits seit längerem zur Diskussion stehe. Der jetzige Stand, der auch der Beschlusslage des Rates entspreche, setze sich aus zwei Bestandteilen zusammen:
Zum einen aus einem klaren Beschluss und Auftrag zur Planung 'Anbindung Metternichstraße - Avelertal', wobei dies in Zusammenhang stehe mit dem ebenfalls im Rat vorgelegten und besprochenen Gesamtverkehrskonzept, insbesondere Trier-Nord. Hierzu gehörten verschiedene Elemente, die bis zur Verkehrsberuhigung 'Franz-Georg-Straße - Durchbruch Wasserweg' usw. reichten. Dabei sei auch eine Prioritätenfolge festgelegt worden.
Zum anderen stünden aus topographischen Verhältnissen und Gegebenheiten nur zwei Täler als Anschlussmöglichkeiten zur Verfügung, das Avelertal und das Olewiger Tal. Für den Bereich Olewiger Tal habe man, um den Individualverkehr und den ÖPNV flüssig abwickeln zu können, mit dem Konzept 'Busbeschleunigung' so etwas wie Staumanagement im Bereich Olewiger Straße erreicht. Nicht zuletzt aufgrund der räumlichen Einschränkungen in diesem Bereich habe man sich seinerzeit darauf verständigt, dort keine neue Straßentrasse zu planen. Im Zusammenhang mit der Gesamterschließung der Tarforster Höhe sei ein Gutachten erstellt worden über die zu erwartenden Arbeitsplätze und Einwohner im Gesamtbereich der Höhe und die zu erwartenden Verkehrsbeziehungen von der Höhe zur Talstadt. Dabei seien die prognostizierte Zunahme der Personenfahrten dargestellt worden sowie die Auswirkungen, wenn im Bereich des ÖPNV keine entscheidenden Verbesserungen erzielt werden. Setze man den heutigen Individualverkehr mit 100 % an, könne davon ausgegangen werden, dass ohne eine Verbesserung daraus 140 % würden, verbunden mit erheblichen Folgen nicht nur für die Querschnittsbelastung, sondern insbesondere auch für die Knotenpunkte mit erheblichen

Maßnahmen. Die Untersuchung der Auswirkungen eines attraktiveren ÖPNV habe ergeben, dass dadurch der ursprünglich ermittelte Zuwachs von 40 % eine Reduzierung auf 20 % erfahren würde. Diese Erkenntnis weise darauf hin, dass das Thema Verkehrsanschließung nicht einseitig mit einer Antwort auf nur eine Fragestellung gelöst werden könne, sondern im Verbund von ÖPNV und Individualverkehr. Nun liege für die Frage 'Verbesserung des ÖPNV' der Vorschlag einer Direktanbindung über den Bahnhof mit drei Alternativen vor, für den zur Zeit eine Standartisierte Bewertung hinsichtlich der finanziellen, tatsächlichen und zeitlichen Durchführbarkeit erstellt werde. Das Ergebnis werde sodann zu diskutieren sein. In Abhängigkeit von der Machbarkeit oder der Nichtmachbarkeit bzw. von dem Umsetzungszeitraum müssten je nach Entwicklung des Gebietes und nach Zunahme von Einwohnern und Arbeitsplätzen zwischenzeitlich in diesem Bereich Verbesserungen für den ÖPNV vorgenommen werden. Zur Frage der Beschlussfassung (Ziffer 2, 3. Unterpunkt) sei in dem beigefügten Erläuterungsbericht unter Punkt 3 „Konkretisierung der städtebaulichen Rahmenplanung" im letzten Absatz ausdrücklich ausgeführt, dass zu der Fertigstellung der Rahmenplanung eine verbindliche Festlegung der ÖV- und IV-Erschließung gehöre. Im Dezernatsausschuss V sei darüber gesprochen worden, dass der künftige Anschluss des Gesamtgebietes von der Kohlenstraße vorgezogen und über die Übungsfahrbahn laufen werde. Insoweit werde das Thema nicht stückweise behandelt, sondern im Rahmen eines Gesamtverkehrskonzeptes.

Zu dem von Ratsmitglied Dr. Atzberger angesprochenen unterschiedlichen Sachstand der Planunterlagen führte Beigeordneter Dietze aus, dass die Weiterentwicklung des Konzeptes für den WissenschaftsPark vorgesehen sei im Sinne einer Integration von Grün- und Freiraumplanung sowie Arbeitsplätzen. Der in der Vorlage festgehaltene Sachstand bestehe in einer Skizze des Gebäudebestandes und einer möglichen Anordnung der anderen Gebäude, d. h. bei Fortschreibung der Rahmenplanung werde hier eine Zusammenführung erfolgen, insbesondere auch die Entwicklung der gesamten Frage der Anordnung der Grün- und Freiflächen. Aus der Flächenbilanz auf der letzten Seite der Vorlage sei zu ersehen, dass von dem rd. 79 Hektar umfassenden Gesamtgebiet (einschließlich der Universitätsfläche) allein 22,1 Hektar auf den Bereich Grün- und Freiflächen entfielen. Man wolle hier eine Verknüpfung mit den Entwässerungsanlagen herstellen; Beigeordneter Dietze sah hierin ein gute Integrationsmöglichkeit.

Hinsichtlich des aktuellen Sachstandes zum Thema 'Altlasten' berichtete er von dem zwischenzeitlich erfolgten Abschluss der entsprechenden Voruntersuchungen. Hiernach gebe es „einzelne Dinge", die sich jedoch nach heutigem Stand „in dem bisher bekannten Rahmen bewegten und auch nicht solche Fälle umfassten, wie z. B. im Versorgungsbereich Nell's Ländchen", in dem vormals eine Reinigung angesiedelt gewesen sei. Nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge erscheine die Situation - vergleichbar mit dem Gelände 'Castelforte' - durchaus lösbar.

Des Weiteren sehe man - auch im Hinblick auf die Bewerbung um die Landesgartenschau - eine große Chance darin, aufzeigen zu können, dass dadurch nachhaltig etwas geschaffen werden könne, das der Idee von Wohnen, Arbeiten, Freizeit und Lernen entspricht und man damit einen „neuen Typ von städtischem Gebiet" entwickle.

Frau Beigeordnete Horsch bedankte sich zunächst für das in den einzelnen Redebeiträgen zum Ausdruck gekommene Lob der geleisteten Vorarbeiten. Man begreife dieses Projekt als Chance, die man gemeinschaftlich angehen wolle. Unter Hinweis auf die Bereitschaft des Rates, die notwendigen Grundlagen bereits im Dezember 2000 geschaffen zu haben, stellte sie die besondere Flexibilität, die der WissenschaftsPark im weiteren Fortschritt erfordere, heraus. Unter Bezugnahme auf das zuvor als katastrophal bezeichnete Management sprach Frau Beigeordnete Horsch den Mitarbeitern der Ämter 12, 30 und 83 sowie dem Leiter des Liegenschaftsamtes, Herrn Zimmer, ihren ausdrücklichen Dank aus; denn seit November sitze man im wöchentlichen Rhythmus in einer Projektgruppe zusammen, was erhebliche Arbeitskraft über dem täglichen Stundenlevel binde. Weder das vorliegende Papier, noch die Akquisition und der weitere Fortschritt wären ohne dieses Engagement zustande gekommen. Da es sich um Projekte handele, die nicht „unbedingt die Erfolg versprechende Rendite“ brächten, sei ein Mehr an Arbeit zu investieren. Aus der Tätigkeit einer Betreibergesellschaft könnte sich durchaus der Grundstein für eine zukünftige Wirtschaftsfördergesellschaft ergeben. Des Weiteren erinnerte sie daran, dass im Land Rheinland-Pfalz ein erheblicher Nachholbedarf an Forschungseinrichtungen bestehe; lediglich in Kaiserslautern befände sich eine übergeordnete wissenschaftliche Einrichtung, ansonsten fehlten Institute wie z. B. Max-Planck-Institut o. ä. Dieser WissenschaftsPark biete durch eine konsequente Ansiedlung von kreativer Vielfalt, jedoch unter Vermeidung einer unübersichtlichen Heterogenität, die Chance, solche Institute ggfs. nach Trier zu bringen. Die erforderliche Betreuung sei trotz Bündelung aller Kräfte in der bisherigen Struktur nicht leistbar. Auch sei man über den Erhalt der auf dem Petrisberg vorhandenen Altbausubstanz froh, nachdem sich hier bei sehr vielen Nutzern eine entsprechende Nachfrage gezeigt habe. Von daher habe man sehr flexibel auf den Markt reagiert. Die im nichtöffentlichen Teil zu behandelnde Vorlage stelle lediglich einen Vorschlag hinsichtlich der künftigen Gebäudenutzung dar, ohne dass damit eine Detailplanung verbunden sei. Frau Beigeordnete Horsch drückte ihre Hoffnung aus, dieses Vorhaben als regionales Projekt und auch als Chance für die Region zu begreifen. Es bestünden bereits intensive Kontakte mit den Hochschulen. Sie rief dazu auf, dieses Vorhaben gemeinsam mit dem IHT-Forschungskreis voranzutreiben, denn die dauerhafte Ansiedlung einer „konsequenten Nutzervielfalt und Kreativität“ werde sich dort nicht einfach gestalten.

Ratsmitglied Jaeger stellte heraus, dass die Umsetzung des Projektes ‘Castelforte’ „sicherlich nicht mit der vom Rat gewünschten Geschwindigkeit“ von statten gegangen sei. Dies habe u. a. an der dort installierten Organisation gelegen, die auch den Einfluss des Rates auf Entscheidungen nicht zugelassen habe. Dieses Organisationsmodell sei nun glücklicherweise nicht kopiert worden, sondern man habe angesichts der erkannten Schwachstellen eine andere Form vorgeschlagen mit einer anderen Geschäftsführung. Aufgrund dessen gehe man davon aus, dass der Rat bei diesem Projekt zum einen wesentlich besser informiert und zum anderen bei zu treffenden Entscheidungen weiter eingebunden sein werde.

Oberbürgermeister Schröer bestritt weitestgehend den Inhalt der Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden. Er mahnte eine faire Auseinandersetzung in der Sache an und wies

auf die sämtlichen in diesem Bereich zu bewältigenden Problemkreise hin (Altlastenfrage, Abriss, Denkmalpflege etc.). All dies sei in einem „vernünftigen“ Zeitraum von fünf Jahren gelöst worden. Wenn alsbald auch noch der Beschluss zur Großraumhalle gefasst werden könne, könne dieses Thema bis zum Ende des Jahres als zum größten Teil erledigt angesehen werden.

Ratsmitglied Maximini forderte, gerichtet an Beigeordneten Dietze, zu den bereits vorliegenden Informationen Zeitpläne zur Realisierung ein; denn zeitgleich zu der Entwicklung auf dem Petrisberg müsse "mit gleicher Energie" die verkehrliche Erschließung erfolgen. Beispielhaft führte er den Bereich Kohlenstraße sowie Engpässe im Olewiger Bereich an, die angesichts des zunehmenden Verkehrsaufkommens dringend Maßnahmen zur Abschwächung der Staus erforderten.

Ratsmitglied Dr. Atzberger wies die im Redebeitrag von Frau Horsch zum Ausdruck gekommene Auffassung zurück, er habe die Leistung der Mitarbeiter kritisiert; vielmehr habe er von dem „Kompetenzgerangel im Stadtvorstand“ und in diesem Kontext von Missmanagement gesprochen.
An Oberbürgermeister Schröer gewandt erinnerte er an die Einhaltung von Versprechungen seitens der Verwaltung bzw. von Vorgaben, die sich der Rat selbst auferlegt habe, wie bspw. „ein repräsentatives Eingangstor für den Bereich der Stadt“. Nunmehr werde dort ein „Schuhkarton hingestellt“. Dies rechtfertige seine plakative Bemerkung.

Oberbürgermeister Schröer wies ausdrücklich darauf hin, dass die angesprochene Baumaßnahme vom Rat beschlossen worden sei.
Hinsichtlich der Kompetenzfrage im Stadtvorstand verwies er auf die diesbezügliche Regelung in der Gemeindeordnung, die hier entsprechend umgesetzt werde.

Der Stadtrat beschloss bei einer Enthaltung:

1. Der Stadtrat nimmt die Vorlage zur Kenntnis.

2. Die Verwaltung wird im Einzelnen beauftragt:
   - die in der Vorlage genannten Nutzer für den WissenschaftsPark unter Beachtung des Nutzungsprofils und unter Beachtung der Wirtschaftlichkeit zu sichern;
   - die haushaltsrechtlichen und planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Umsetzung des Vorhabens zu schaffen;
   - die städtebauliche Rahmenplanung abzuschließen;
   - die Fördermittel zu sichern, die das Land in Aussicht gestellt hat.

3. Die Verwaltung wird auf der Grundlage der in der Anlage dargestellten Struktur beauftragt, die (Verhandlungs)Gespräche mit den potenziellen Partnern zu führen und bis zum Ende des I. Quartals 2001 dem Rat eine detaillierte Entscheidungsvorlage vorzulegen. Innerhalb der Verwaltung sind ebenfalls die notwendigen organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen,

damit ein effizientes Zusammenwirken an der Schnittstelle zur Verwaltung und von dort zum Rat geschaffen werden kann.

4. In den Dezernatsausschüssen IV und V wird über das Vorhaben kontinuierlich berichtet.